

SPD: Lehnen künftig alle Anträge der AfD im Bezirksrat kategorisch ab

Hannover (afd) - Ideologie statt Sachpolitik: 1 Stimme dafür, 18 Stimmen dagegen, 0 Enthaltungen. So sieht der „Konsens der Demokraten“ im heutigen Deutschland aus, auch wenn es um einen Antrag geht, der zwar „nachvollziehbar und sinnvoll“ ist, wie selbst die HAZ findet und wie es auch diese „Demokraten“ nicht bestreiten können, der aber den entscheidenden Makel hat, dass er von der „falschen“ Seite kommt. „Diese Ideologisierung bis hinunter auf die unterste lokale Ebene ist absolut lächerlich“, sagt dazu der Bundestagsabgeordnete Jörn König, der die AfD auch im Stadtbezirksrat Vahrenwald-List ver-

tritt. „Gerade die Bezirksräte sind Gremien, die wie keine anderen die ganz praktischen Belange und Probleme der Bürger vor Ort anpacken sollten - wie bei uns hier vor allem auch den bedrückenden Parkplatzmangel.“

In diesem aktuellen Fall geht es um Fahrrad-Reparaturstationen, wie sie bereits in Städten wie Dresden, Frankfurt und München installiert wurden; bei relativ geringem Aufwand - rund 1.000 € - könnten sie viel Nutzen stiften. Diese Servicestationen sind mit einem Montageständer, Luftpumpen und verschiedenen Werkzeugen für kleinere Reparaturen - auch an Rollstühlen, Kinderwagen oder



Rollatoren - ausgestattet. Thomas Bechinie, Fraktionsvorsitzender der SPD im Bezirksrat Vahrenwald-List, möchte aber lieber „ab sofort mit dazu beitragen, dass die völkisch-nationale AfD in diesem toleranten und bunten Stadtbezirk keinerlei Gestaltungskraft entfalten wird.“ Nicht einmal eine Luftpumpe solle die AfD an den Wegesrand bekommen. (afd/aup)

AfD-Stadtratsfraktion stellt neues Konzept „Bahnhof sicher“ vor

einsetzen sind die Probleme in den Griff zu bekommen, meint die AfD-Fraktion im hannoverschen Stadtrat und legt dazu einen detaillierten Sechspunkte-Plan vor. Sie fordert die Verwaltung auf, sich entsprechend für ein koordiniertes Vorgehen aller Sicherheitspartner im Rahmen des bereits bestehenden Sicherheitskonzeptes „Bahnhof sicher“ einzusetzen. Gemeinsam mit den Sicherheitspartnern soll ein Konzept entwickelt werden, das eine Entlastung der uniformierten Einsatzkräfte durch

Kräfte der Ermittlungsdienste der Landes- und Bundespolizei bei der schriftlichen Bearbeitung vorsieht, fordert die AfD. Ferner sollen Ansprechpartner der Deutschen Bahn jederzeit verfügbar sein, um bei stark alkoholisierten und aggressiven Personen, die schon häufiger aufgefallen sind, ein längeres Hausverbot aussprechen zu können. „Platzverweise in der bisherigen Form sind meist ein stumpfes Schwert“, sagt AfD-Ratsherr Markus Karger, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion. (afd/das)



Hannover (afd) - Die Trinkerszene im und um den Hauptbahnhof sorgt immer wieder für Probleme. Passanten fühlen sich gestört und belästigt, und für das Image Hannovers sind die unschönen Szenen an so prominenter Stelle der Stadt verheerend. Nur mit dem gemeinsamen Handeln aller Sicherheitspartner und wiederkehrenden Schwerpunkt-

Wir stehen für:

- **starke Präsenz von Ordnungskräften im öffentlichen Raum**
- **konsequente Abschiebung abgelehnter Asylbewerber und krimineller Ausländer**
- **Stärkung der direkten Demokratie durch Bürgerentscheide**
- **Stärkung und Entlastung von Familien**
- **echter Naturschutz statt Klimawahn**
- **Abschaffung der Gendersprache**



Impressum: AfD-Fraktion im Rat der LHH, Herrenstr. 7, 30159 Hannover
info@afd-fraktion-hannover.de / www.afd-fraktion-hannover.de, Telefon: 0511-168

Mitteilungsblatt



AfD-Fraktion im Rat der LHH • Herrenstr. 7 • 30159 Hannover

Dezember/2020



AfD: Keine „Flüchtlinge“ aus Moria nach Hannover!



Hannover (afd) - Oberbürgermeister Belit Onay exponiert sich und Hannover immer wieder in ganz besonderer Weise, wenn es darum geht, „Flüchtlinge“ aufzunehmen. So und zuletzt auch im Fall des von den „Schutzsuchenden“ vorsätzlich in Brand gesetzten Lagers Moria auf der griechischen Insel Lesbos. Die AfD-Stadtratsfraktion lehnt das strikt ab und fordert in einem Dringlichkeitsantrag, der in der Ratsversammlung am kommenden Donnerstag auf der Tagesordnung stehen wird: Keine „Flüchtlinge“ aus Moria nach Hannover!

„Damit würde das fatale Signal ausgesendet, dass Brandstiftung belohnt wird“, sagt AfD-Fraktionschef Sören Hauptstein, „und den Schleppern und ihren Kunden würde signalisiert, dass ihr Geschäft noch immer blendend funktioniert, wenn sie dabei nur gewalttätig genug sind.“ Die von der Bundesregierung erklärte Bereitschaft, 1.553 „Flüchtlinge“ aus Moria in Deutschland aufnehmen zu wollen, hält die AfD-Fraktion für gravierend falsch.

Die Bundesregierung fällt damit nicht nur der griechischen Regierung in den Rücken, die sich ausdrücklich dagegen ausgesprochen hat, dass Deutschland Migranten aus Moria einfliegt, argumentiert die AfD. Auch innerhalb der EU ist Deutschland damit heillos isoliert, teilweise verhasst und wird bestenfalls milde belächelt. Hauptstein resümiert: „Deutschland beschreitet abermals einen höchst fragwürdigen Sonderweg, den Hannover nicht mitgehen sollte!“ (afd/aup)

Verlogen, heuchlerisch, scheinheilig: die Grünen

Hannover (afd) - Neulich im Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt: Ein Antrag von Ratsherr Reinhard Hirche brachte wieder einmal die ganze Verlogenheit, Heuchelei und Scheinheiligkeit der Grünen ans Licht. Es ging in dem AfD-Antrag um eine trostlose, ungenutzte Grünfläche an der Gabelung der Straßen Im Reihpiepenfelde und Lenthaler Straße. Die günstige Lage zum Friedhof, zu den Kleingärten und den Feldern in der Umgebung macht diese kleine Fläche zu einem perfekten Standort für „Insektenhotels“ und Fledermauskästen, meint Hirche. Der Bezirksrat solle sich für deren Installation einsetzen.

Der Antrag wurde mit 14 zu zwei Stimmen abgelehnt - ohne jede Diskussion. „Aus welchen Gründen, mit welchen sachlichen Argumenten, werden wir also nie erfahren“, sagt Hirche.

Auch die Grünen lehnten ihn ab, was insofern verwundert, als die Fraktionsvorsitzende dieser vorgeblichen Umweltschutzpartei im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt,

im November 2017 beteuert hatte: „Wir wollen, dass in den nächsten vier Jahren jede Biene und jeder Schmetterling und jeder Vogel in diesem Land weiß: Wir werden uns weiter für sie einsetzen!“

Das Kleingetier in Badenstedt weiß jetzt jedenfalls, was es von derartigen Sprüchen der Theologiestudentin mit abgebrochenem Studium zu halten hat: nämlich nichts. Den Vögeln muss das alles - um im infantilen Jargon der grünen Katrin

zu bleiben - ohnehin wie der blanke Hohn vorkommen: „Windkraft fordert immer mehr Opfer unter Vögeln, Fledermäusen und Insekten.“ Wer treibt nämlich die Verschandelung unserer Landschaft mit Vogelschreddern bekanntlich am vehementesten voran? Die Grünen, klar. Wofür sie, aus ihrer Sicht, ja auch gute Gründe haben: „Schon im Jahr 2010 wurde von zahlreichen Spenden aus der Solar- und Windenergiebranche an die Grünen berichtet.“ (afd/aup)



Reinhard Hirche
Ratsherr, stellv. Fraktionsvorsitzender



AfD schlägt Einjahres-Haushaltsplan für Hannover vor



Hannover (afd) - Die Folgen der Coronakrise für Wirtschaft und Bürger sind weiterhin nicht absehbar, ebenso wenig die Aus-

wirkungen der Krise auf die städtischen Einnahmen und Ausgaben. Daher fordert die Stadtratsfraktion der AfD, dass abweichend von der Praxis der laufenden Ratsperiode - mit den Doppelhaushalten 2017/18 und 2019/20 - der nächste Haushaltsplan auf ein Jahr beschränkt wird. „Politik und Verwaltung können so flexibler und zielgenauer operieren“,

meint AfD-Ratsherr Frank Jacobs. Zweitens spreche für einen einjährigen Haushalt, dass im Herbst 2021 Kommunalwahlen stattfinden, bei denen sich möglicherweise andere politische Mehrheiten im Stadtrat bilden, die andere politische Schwerpunkte setzen wollen. „Diese sähen sich durch einen Doppelhaushalt in ihrer Handlungsfreiheit eingeschränkt“, so Jacobs. (afd/jr)

Ampel-Bündnis im Stadtrat wärmt alten AfD-Antrag auf

Hannover (afd) - „Maßnahmen zur Förderung des Radfahrens von städtischen Beschäftigten zu ihrer Arbeit zu prüfen“, fordern SPD, Grüne und FDP in einem jüngst in den hannoverschen Stadtrat eingebrachten Antrag. Bemerkenswert daran ist, dass die AfD-Stadtratsfraktion bereits im November 2019 genau das Gleiche gefordert hat.

Die Formulierung der AfD-Fraktion lautete damals: „Antrag, die Verwaltung zu beauftragen, ein Programm zu erarbeiten, das Beschäftigten der Landeshauptstadt Hannover (...) einen Anreiz bietet, den täglichen Weg zur Arbeitsstätte mit dem Fahrrad zurückzulegen.“ Dieser Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt, auch

von der SPD, den Grünen und der FDP. „Das ist für das Ampel-Mehrheitsbündnis dreifach peinlich und entlarvend“, sagt dazu AfD-Fraktionschef Sören Hauptstein:

„Erstens hatten die Herrschaften ersichtlich keinerlei Hemmungen, unseren Antrag dreist abzukupfern. Zweitens sind sie offenbar so dumm, zu glauben, dass man ihnen dabei nicht auf die Schliche kommt. Und drittens machen sie vor aller Welt deutlich, dass es ihnen nicht um Inhalte geht, sondern um Parteipolitik.“



Sören Hauptstein
AfD-Stadtratsfraktion



Ginge es den Ampel-Koalitionen in erster Linie um die Sache, hätten sie dem AfD-Antrag seinerzeit gleich zustimmen können, so Hauptstein weiter. Für die AfD-Fraktion bleibe die Befriedigung, mit ihren Vorstellungen am Ende doch noch durchzudringen, wenn auch „indirekt“ und mit Verzögerung. (afd/das)

Anhörung: Obdachlose Frauen schützen!

Hannover (afd) - „Was braucht es auf kommunaler Ebene, um Frauen, die wohnungs- und obdachlos sind, zu schützen?“. Das war das Thema einer gemeinsamen Sondersitzung des

Gleichstellungs- und Sozialausschusses am 21. September. Alle Parteien benannten dazu sogenannte Experten von verschiedenen Vereinen und Organisationen - mit Ausnahme der

AfD-Fraktion. Diese lud als Einzige eine direkt Betroffene ein, Frau H. Während alle Sachverständigen darüber referierten, was man alles in den letzten Jahren

geleistet habe, informierte Frau H. die versammelten Ausschussmitglieder über die bittere Realität. Der Vorsitzende der AfD-Stadtratsfraktion, Sören Hauptstein, stellte fest: „Es zeigt sich einmal wieder, dass die AfD die einzige Partei ist, die nicht über, sondern mit den Betroffenen redet.“ Auch Ratsherr Frank Jacobs, sozialpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion, fand deutliche Worte: „Wir als Politiker haben die Verantwortung dafür, dass es allen Menschen möglich sein muss, in Würde zu leben“, sagte Jacobs. (afd/das)



www.afd-fraktion-hannover.de



Weiterhin keine Helmut-Schmidt-Straße in Hannover

Hannover (afd) - Über vier Jahre nach dem Tod des großen Helmut Schmidt ist in Hannover noch immer keine Straße, keine Allee, kein Platz nach diesem herausragenden Staatsmann benannt worden, an den man sich in Deutschland über alle Parteigrenzen hinweg mit größter Hochachtung, ja mit Verehrung erinnert. Sämtliche Vorstöße in diese Richtung sind bisher gescheitert - und das lag ausschließlich am Widerstand und am Desinteresse seiner eigenen Partei, der SPD.

Um diesem beschämenden Zustand endlich ein Ende zu bereiten, hat AfD-Ratsherr Reinhard Hirche die Initiative ergriffen und bereits im Mai einen Antrag in den Stadtbezirksrat Ahlem-Badenstedt-Davenstedt eingebracht: An zentraler Stelle im Neubaugebiet „Benther Blick“ soll eine Straße oder ein Platz nach dem fünften Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland benannt werden. Eine Örtlichkeit an prominenter Stelle der Innenstadt wäre zwar zu bevorzugen, aber da hier bislang nichts passiert ist und womöglich nie etwas passieren wird, sollte der Stadtbezirk im Westen Hannovers seine Chance ergreifen, nach dem Motto: Besser eine Helmut-Schmidt-Allee in städtischer Randlage, aber mit großer lokaler Bedeutung, als überhaupt keine Helmut-Schmidt-Straße in Hanno-

ver, so Hirches Argumentation.

Jetzt wurde, mit Corona- und Ratsferien-bedingter Verzögerung, endlich über diesen AfD-Antrag beraten. Dass er mit großer Mehrheit abgelehnt wurde, war zu erwarten und ist nicht weiter bemerkenswert. Sehr wohl bemerkenswert ist aber der Auftritt, den der SPD-Bezirksratsherr und



Reinhard Hirche
Bezirksrat



Politze (SPD) greift in unterste Schublade

Landtagsabgeordneter) Stefan Politze hinlegte. Höchst aggressiv sprach er der AfD das Recht ab, einen solchen Antrag überhaupt zu stellen.

Verleumdungen und Beleidigungen

Helmut Schmidt sei ein überzeugter Europäer gewesen, die AfD aber sei europafeindlich; dazu noch - und das waren jetzt Verleumdungen und Beleidigungen aus der untersten Schublade, auf die wir hier nicht weiter eingehen wollen - demokratiefeindlich und von Faschisten durchsetzt.

Zur angeblichen „Europafeindlichkeit“ der AfD: Hier machte Politze - ob aus Ignoranz oder mit Absicht, sei dahingestellt - den üblichen Fehler, Europa mit der EU gleichzusetzen. „Gegen Europa“ ist die AfD keineswegs, ganz im Gegenteil. Sie ist aber entschieden gegen die EU und gegen die Brüsseler Bürokratie in ihrer jetzigen Form und vor allem gegen Tendenzen zu einem europäischen Superstaat.

Dem setzt sie ein „Europa der Vaterländer“ entgegen und eine EU, wie sie bis 1992 bestand, also die EWG, wie sie vor den Verträgen von Maastricht und Schengen sehr gut funktionierte und florierte.

Und wie würde Helmut Schmidt wohl die heutige EU und den heutigen Brüsseler Moloch einschätzen, wenn er schon in den 1970er Jahren den Euro-Bürokraten in Brüssel nicht mal zutraute, „eine Straßenbahngesellschaft“ leiten zu können.

Was würde er sagen zur dieser EU heute, mit der Totalversagerin Ursula von der Leyen an der Spitze, die schon die Bundeswehr an die Wand gefahren hat? (afd/aup)